

# MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

20. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 31. August 1967	Nummer 116
--------------	---	------------

## Inhalt

### I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
20310	7. 8. 1967	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1a zum BAT vom 1. August 1967 . . . . .	1368
2134		Berichtigung zum RdErl. d. Innenministers v. 25. 5. 1967 (MBL. NW. S. 731) Richtlinien für den Bau und die Prüfung von Behältergeräten mit Druckluft (Proßluftatmern) für das Tauchen bei den Feuerwehren . . . . .	1371
2135	11. 8. 1967	RdErl. d. Innenministers Ausbildung der freiwilligen Feuerwehren: Oberfeuerwehrmannlehrgänge . . . . .	1374
22306	10. 8. 1967	RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Sozialarbeiter . . . . .	1376

### II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Datum		Seite
	<b>Innenminister</b>	
15. 8. 1967	RdErl. — Fortbildungstagung im Strahlenschutz . . . . .	1377
	<b>Minister für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten</b>	
	Personalveränderungen . . . . .	1377
	<b>Hinweis</b>	
	Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 16 v. 15. 8. 1967 . . . . .	1378
	Hinweis für die Bezieher der SMBL. NW. . . . .	1378

## I.

20310

**Tarifvertrag  
zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1 a  
zum BAT vom 1. August 1967**

Gem. RdErl. d. Finanzministers — B 4100 — 4.23 —  
2055:IV:67 — u. d. Innenministers — II A 2 — 11.13 —  
15026:67 — v. 7. 8. 1967

A. Nachstehenden Tarifvertrag geben wir bekannt:

**Tarifvertrag  
zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1 a zum BAT  
vom 1. August 1967**

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,  
vertreten durch den Bundesminister des Innern.

der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,  
vertreten durch den Vorsitz der Vorstände,

der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände,  
vertreten durch den Vorstand,

einerseits

und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Ver-  
kehr — Hauptvorstand —,

der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft  
— Bundesvorstand —

andererseits

wird folgendes vereinbart:

**§ 1**

Änderung und Ergänzung der Anlage 1 a zum BAT für  
den Bereich des Bundes und für den Bereich der Tarif-  
gemeinschaft deutscher Länder

Die Anlage 1 a zum BAT, für den Bereich des Bundes  
zuletzt geändert durch den Tarifvertrag zur Ergänzung  
des Teils III der Anlage 1 a zum BAT vom 1. Juli 1967,  
im übrigen zuletzt geändert durch den Tarifvertrag zur  
Änderung und Ergänzung der Anlage 1 a zum BAT  
(Angestellte in medizinischen Hilfsberufen und medizi-  
nisch-technischen Berufen) vom 24. Mai 1967, wird wie  
folgt geändert und ergänzt:

1. In Teil III der Inhaltsübersicht wird der folgende Ab-  
schnitt L angefügt:  
„L. Sonstige Angestellte im Bereich des Bundesmini-  
sters der Verteidigung“.
2. Teil I wird wie folgt geändert und ergänzt:
  - a) Vergütungsgruppe V b Fallgruppe 2 erhält die fol-  
gende Fassung:  
„2. Vorsteher von Kanzleien mit mindestens 40  
Kanzleikräften.“
  - b) In Vergütungsgruppe V c werden die folgenden  
Tätigkeitsmerkmale angefügt:  
„7. Vorsteher von Kanzleien mit mindestens 25  
Kanzleikräften.  
8. Ständige Vertreter von Vorstehern von Kanz-  
leien mit mindestens 60 Kanzleikräften.  
9. Leiter einer nach Sachgesichtspunkten vielfach  
gegliederten Registratur, denen mindestens  
drei Registraturangestellte, davon einer min-  
destens der Vergütungsgruppe VI b Fallgruppe  
40, ständig unterstellt sind.  
(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 22, 23 und 24)
10. Leiter einer nach Sachgesichtspunkten vielfach  
gegliederten Registratur in obersten Bundes-  
oder Landesbehörden, denen mindestens zwei  
Registraturangestellte, davon einer mindestens  
der Vergütungsgruppe VI b Fallgruppe 40,  
ständig unterstellt sind.  
(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 22, 23 und 24)

11. Leiter von Registraturen, denen mindestens  
vier Registraturangestellte, davon drei minde-  
stens der Vergütungsgruppe VII Fallgruppe 10,  
ständig unterstellt sind.  
(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 23 und 24)
12. Leiter von Registraturen, denen mindestens  
acht Registraturangestellte ständig unterstellt  
sind.  
(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 23 und 24)
13. Registraturangestellte der Vergütungsgruppe  
VI b Fallgruppe 40 in obersten Bundes- oder  
Landesbehörden nach achtjähriger Bewährung  
als solche in diesen Behörden.
14. Angestellte als Geschäftsstellenverwalter bei  
Gerichten oder Staatsanwaltschaften, die sich  
dadurch aus der Vergütungsgruppe VI b Fall-  
gruppe 41 herausheben, daß sie überwiegend  
schwierige Tätigkeiten ausüben.  
(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 25 und 26)
15. Angestellte, die sich dadurch aus der Vergü-  
tungsgruppe VI b Fallgruppe 7 herausheben,  
daß sie auf Grund der ihnen angegebenen tat-  
sächlichen Verhältnisse Vergütungen oder  
Löhne einschließlich der Krankenbezüge, Ur-  
laubsvergütungen oder Urlaubslöhne selbstän-  
dig errechnen und die damit zusammenhängen-  
den Arbeiten selbständig ausführen, z. B. Fest-  
stellen der Versicherungspflicht in der Sozial-  
versicherung und der Zusatzversicherung, Be-  
arbeiten von Abtretungen und Pfändungen,  
Führen des anfallenden Schriftwechsels. (Das  
Tätigkeitsmerkmal ist auch erfüllt, wenn der  
Angestellte die Beschäftigungszeit, die Dienst-  
zeit, die Berufszeit nach § 27 Abschn. B sowie  
die Grundvergütung nach den §§ 27 Abschn. A,  
28 und 30 bei der Einstellung nicht festsetzt.)
16. Angestellte, die nach vorliegenden Angaben  
über die tatsächlichen Verhältnisse die für die  
Errechnung und Zahlbarmachung der Dienst-  
oder Versorgungsbezüge, Vergütungen oder  
Löhne im vollmaschinellen Verfahren mittels  
elektronischer programmgesteuerter Datenver-  
arbeitungsanlagen notwendigen Merkmale und  
die sonstigen Anspruchsvoraussetzungen fest-  
stellen, die erforderlichen Arbeiten und Kon-  
trollen zur maschinellen Berechnung verant-  
wortlich vornehmen und den mit dem Arbeits-  
gebiet zusammenhängenden Schriftwechsel er-  
ledigen.  
(Das Tätigkeitsmerkmal ist auch erfüllt, wenn  
der Angestellte das Besoldungsdienstalter erst-  
mals, die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge erst-  
mals, die ruhegehaltfähige Dienstzeit, die Be-  
schäftigungszeit, die Dienstzeit, die Berufszeit  
nach § 27 Abschn. B sowie die Grundvergütung  
nach den §§ 27 Abschn. A, 28 und 30 bei der  
Einstellung nicht festsetzt, keine Wider-  
spruchsbescheide erteilt und Abtretungen und  
Pfändungen nicht bearbeitet.  
Unter „elektronischen programmgesteuerten  
Datenverarbeitungsanlagen“ werden vollauto-  
matisch arbeitende Rechenmaschinen mit Spei-  
cher für Informationen verstanden, bei denen  
der Arbeitsablauf durch ein Befehlsprogramm  
gesteuert wird, das gemeinsam mit Daten im  
Speicher untergebracht werden muß. Wesent-  
lich ist, daß eine solche Maschine die Möglich-  
keit bieten muß, durch das Programm Teile des  
Programms zu verändern, d. h. die Befehle  
gegebenenfalls wie Daten zu verarbeiten.)“
- c) Vergütungsgruppe VI b Fallgruppe 3 erhält die fol-  
gende Fassung:  
„3. Vorsteher von Kanzleien mit mindestens 15  
Kanzleikräften.“
- d) In Vergütungsgruppe VI b wird die Fallgruppe 17  
unter Beibehaltung der sie bezeichnenden Nummer  
gestrichen.

- e) In Vergütungsgruppe VI b werden die folgenden Tätigkeitsmerkmale angefügt:
- „38. Leiter von Registraturen, denen mindestens zwei Registraturangestellte, davon einer mindestens der Vergütungsgruppe VII Fallgruppe 10, ständig unterstellt sind.“  
(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 23 und 24)
  - 39. Leiter von Registraturen, denen mindestens fünf Registraturangestellte ständig unterstellt sind.  
(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 23 und 24)
  - 40. Registraturangestellte in einer nach Sachgesichtspunkten vielfach gegliederten Registratur in Tätigkeiten, die gründliche, umfangreiche Fachkenntnisse des Registraturwesens und eingehende Kenntnisse des verwalteten Schriftgutes erfordern.  
(Hierzu Protokollnotiz Nr. 22)
  - 41. Angestellte als Geschäftsstellenverwalter bei Gerichten oder Staatsanwaltschaften, die sich dadurch aus der Vergütungsgruppe VII Fallgruppe 42 b herausheben, daß sie in nicht unerheblichem Umfang schwierige Tätigkeiten ausüben. (Das Tätigkeitsmerkmal ist auch erfüllt, wenn die schwierigen Tätigkeiten zusammen mit der selbständigen Fertigung von Inhaltsprotokollen in Strafsachen mindestens 40 vom Hundert der Gesamttätigkeit ausmachen.)  
(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 25 und 26)
  - 42. Protokollführer bei Gerichten, die in Strafsachen Inhaltsprotokolle selbständig fertigen. (Dieses Tätigkeitsmerkmal gilt auch für Protokollführer, die in Verfahren bei den Wehrdienstgerichten in gleicher Weise wie die Protokollführer in Strafsachen Inhaltsprotokolle selbständig fertigen.)
  - 43. Vorlesekräfte für Blinde mit schwierigerer Tätigkeit.“
- f) Vergütungsgruppe VII Fallgruppe 22 erhält die folgende Fassung:
- „22. Vorsteher von Kanzleien. (Als solche gelten nur Angestellte, die einer Kanzlei mit mindestens fünf Kanzleikräften vorstehen.)“
- g) In Vergütungsgruppe VII werden nach der Fallgruppe 42 die folgenden Tätigkeitsmerkmale eingefügt:
- „42 a) Leiter von Registraturen.“  
(Hierzu Protokollnotiz Nr. 23)
  - 42 b) Angestellte als Geschäftsstellenverwalter bei Gerichten oder Staatsanwaltschaften.“  
(Hierzu Protokollnotiz Nr. 25)
  - 42 c) Protokollführer bei Gerichten oder Staatsanwaltschaften.“
  - 42 d) Vorlesekräfte für Blinde.“
- h) In Vergütungsgruppe VIII Fallgruppe 13 werden nach dem Wort „Register“ die Worte „mit oder“ gestrichen.
- i) In Vergütungsgruppe IX b werden die folgenden Tätigkeitsmerkmale angefügt:
- „25. Boten (Botenmeister), denen mindestens drei Boten ständig unterstellt sind.“  
(Hierzu Protokollnotiz Nr. 27)
  - 26. Pförtner bei großen kommunalen Verwaltungen und Betrieben in Verwaltungsgebäuden mit starkem Publikumsverkehr, die in größerem Umfang Auskünfte zu erteilen haben, für die die Kenntnis der Zuständigkeit nicht nur der Dienststelle (des Betriebes), bei der sie beschäftigt sind, erforderlich ist.“  
(Hierzu Protokollnotiz Nr. 7)
27. Vervielfältiger an Bürovervielfältigungsmaschinen mit abgeschlossener Ausbildung in einem einschlägigen Lehrberuf, z. B. als Offset-Vervielfältiger.“  
(Hierzu Protokollnotiz Nr. 28)
28. Justizauhelfer nach mindestens dreijähriger Beschäftigung als solche im Arbeiterverhältnis.“  
(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 29 und 30)“
- k) In Vergütungsgruppe X werden die folgenden Tätigkeitsmerkmale angefügt:
- „15. Boten nach mindestens dreijähriger Beschäftigung als Bote oder Pförtner im Arbeiterverhältnis.“  
(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 27 und 30)
  - 16. Pförtner nach mindestens dreijähriger Beschäftigung als Pförtner oder Bote im Arbeiterverhältnis.“  
(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 27 und 30)
  - 17. Vervielfältiger an Bürovervielfältigungsmaschinen nach mindestens dreijähriger Beschäftigung als Vervielfältiger im Arbeiterverhältnis.“  
(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 28 und 30)“
- l) Hinter der Protokollnotiz Nr. 21 werden die folgenden Protokollnotizen angefügt:
- „Nr. 22 Eine nach Sachgesichtspunkten vielfach gegliederte Registratur liegt vor, wenn das Schriftgut auf der Grundlage eines eingehenden, systematisch nach Sachgebieten, Oberbegriffen, Untergruppen und Stichworten weit gefächerten Aktenplans unterzubringen ist; nur in alphabetischer oder numerischer Reihenfolge geordnetes Schriftgut erfüllt diese Voraussetzungen nicht.“
  - Nr. 23 Leiter von Registraturen, denen weniger Registraturangestellte als im Tätigkeitsmerkmal gefordert ständig unterstellt sind, sind nach den Tätigkeitsmerkmalen für Registraturangestellte einzugruppieren, wenn dies für sie günstiger ist.
  - Nr. 24 Zu den Registraturangestellten im Sinne dieses Tätigkeitsmerkmals gehören auch die Angestellten im Registratordienst der Vergütungsgruppen X bis VIII.
  - Nr. 25 Geschäftsstellenverwalter sind Angestellte, die Schriftgut verwalten und mindestens zu einem Drittel ihrer Gesamttätigkeit die sonstigen, in den Geschäftsordnungen für die Gerichte und Staatsanwaltschaften für ihr Arbeitsgebiet dem mittleren Dienst zugewiesenen Tätigkeiten wahrnehmen.
  - Nr. 26 Schwierige Tätigkeiten im Sinne dieses Tätigkeitsmerkmals sind nachstehende Tätigkeiten:
    - a) die Anordnung von Zustellungen, die Ladung von Amts wegen und die Vermittlung von Zustellungen im Parteibetrieb, die Heranziehung und die Ladung der ehrenamtlichen Richter;
    - b) die Erteilung von Rechtskraft- und Notfristzeugnissen sowie die Erteilung von Vollstreckungsklauseln;
    - c) der Erlaß von Vollstreckungsbefehlen;
    - d) die Schließung der Geschäftsbücher im Konkurs, die Eintragung in die Konkurstabelle und die Anbringung des Vermerks auf Schuldtiteln nach § 145 Abs. 1 Satz 2 der Konkursordnung;
    - e) die Führung des Gläubigerverzeichnisses nach der Vergleichsordnung;
    - f) die Vollstreckbarkeitsbescheinigung in Strafsachen;

- g) die Fertigung und Vollziehung der Zählkarten (auch in Ehesachen) und der Strafnachrichten einschließlich der Mitteilungen an das Kraftfahrt-Bundesamt;
- h) die Fertigung und Vollziehung der Mitteilungen zur gerichtlichen Erziehungskartei;
- i) die Führung des Strafregisters und die Erteilung von Auskünften hieraus;
- k) die Führung der gerichtlichen Erziehungskartei und die Erteilung von Auskünften hieraus;
- l) die Führung der Aufbewahrungslisten und der Listen der Überführungsstücke in Strafsachen;
- m) die Aufnahme von Vermögensverzeichnissen und Nachlaßinventuren;
- n) die dem Urkundsbeamten in Testaments- und Nachlaßsachen als sogenanntem zweiten Verwahrungsbeamten obliegenden Geschäfte;
- o) die Siegelung und Entsiegelung des Nachlasses;
- p) die in den §§ 1 bis 3, § 4 Abs. 1 Buchstabe a, b und d, § 4 Abs. 2 der Verordnung zur Ausführung der Grundbuchordnung vom 8. August 1935 (RGBl. I S. 1089) sowie der in § 6 Abs. 4 der Grundbuchverordnung bezeichneten Geschäfte einschließlich des Entwerfens von Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldbriefen und des Entwerfens von Berichtigungen und Ergänzungen derselben sowie Führung des Tagebuchs;
- q) die dem Buchstaben p entsprechenden Geschäfte in Registersachen;
- r) die Aufstellung von Kostenrechnungen einschließlich des Erlasses der notwendig werdenden Kassenanweisungen über die Lösung im Soll oder die Rückzahlung von Kosten;
- s) die Aufstellung von Vorschußkostenrechnungen für die Pozeßgebühr in Zivilprozeßsachen;
- t) die Festsetzung und Anweisung der den Zeugen, Sachverständigen und ehrenamtlichen Beisitzern bei den Gerichten zu gewährenden Entschädigung einschließlich des an Zeugen und Sachverständige zu zahlenden Vorschusses;
- u) die dem Verwahrungsbeamten nach Maßgabe der AV. d. RMdJ vom 20. Juli 1936 (Deutsche Justiz S. 1103) oder deren Ausführungsbestimmungen obliegenden Geschäfte.

- Nr. 27 Zu den Boten im Sinne dieses Tätigkeitsmerkmals gehören nicht die Kassenboten.
- Nr. 28 Unter dieses Tätigkeitsmerkmal fallen nur Arbeitnehmer, die bei Beschäftigung im Arbeiterverhältnis als Vervielfältiger, nicht aber z. B. als Drucker einzureihen wären.
- Nr. 29 Justizaushelfer sind Arbeitnehmer bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften, die die Aufgaben eines Justizwachtmeisters erfüllen (insbesondere auch Sitzungs- und Vorführdienst).
- Nr. 30 Auf die dreijährige Beschäftigung können sonstige Zeiten im Arbeitsverhältnis bei demselben Arbeitgeber angerechnet werden."

## § 2

**Änderung und Ergänzung der Anlage 1 a zum BAT für den Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände**

Von einem Abdruck dieses nur für den Bereich der VKA geltenden Paragraphen wird abgesehen.

## § 3

### Übergangsvorschriften

(1) Die Eingruppierung der unter diesen Tarifvertrag fallenden Angestellten, die bis zum 31. Juli 1967 günstiger als nach diesem Tarifvertrag eingruppiert worden sind, bleibt unberührt.

(2) Angestellte, die am 31. Juli 1967 im Arbeitsverhältnis gestanden haben und nach diesem Tarifvertrag die Tätigkeitsmerkmale einer höheren als ihrer bisherigen Vergütungsgruppe erfüllen, werden nach § 27 Abschn. A BAT höhergruppiert.

(3) Justizaushelfer, die am 31. Juli 1967 in der Vergütungsgruppe X BAT eingruppiert waren, werden mit Wirkung vom 1. August 1967 in die Vergütungsgruppe IX b Fallgruppe 28 BAT höhergruppiert.

(4) Im Bereich des Bundes und im Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder werden die Zeiten, die von den unter § 1 Nr. 2 Buchst. i und k fallenden Angestellten vor dem Inkrafttreten dieses Tarifvertrages zurückgelegt worden sind, auf die Bewährungszeit nach § 23 a BAT bei Erfüllung der sonstigen dort geforderten Voraussetzungen angerechnet, wenn diese Zeiten in der gleichen Tätigkeit und in der Vergütungsgruppe zurückgelegt worden sind, in die sie nach diesem Tarifvertrag einzugruppiert werden.

## § 4

### Inkrafttreten

Dieser Tarifvertrag tritt am 1. August 1967 in Kraft.

Bonn, den 1. August 1967

B. Abschnitt II der Durchführungsbestimmungen zum BAT wird wie folgt ergänzt:

- 1. In Nr. 37 a Buchst. d wird vor der Erläuterung „Zu Teil I Vergütungsgruppe VI b Fallgruppe 4“ folgendes eingefügt:

**Zu Teil I Vergütungsgruppe V b Fallgruppe 2**

**Vergütungsgruppe V c Fallgruppen 7 und 8**

**Vergütungsgruppe VI b Fallgruppe 3**

**Vergütungsgruppe VII Fallgruppe 22**

Der „Vorsteher der Kanzlei“ sowie der „ständige Vertreter des Vorstehers der Kanzlei“ nach Vergütungsgruppe V c Fallgruppe 8 sind bei der Zahl der geforderten Kanzleikräfte nicht mitzuzählen. Hierzu wird auf das Urteil des BAG vom 11. August 1965 — 4 AZR 251/64 — hingewiesen.

**Zu Teil I Vergütungsgruppe V c Fallgruppen 9 bis 13**

**Vergütungsgruppe VI b Fallgruppen 38 bis 40**

**Vergütungsgruppe VII Fallgruppe 42 a**

Bei den Leitern von Registraturen ist die Protokollnotiz Nr. 23 zu beachten. Die Protokollnotiz soll verhindern, daß der Leiter einer Registratur als solcher ungünstiger eingruppiert wird, als er als Registraturangestellter auf Grund seiner Tätigkeit einzugruppiert wäre, weil ihm die für die betreffende Vergütungsgruppe geforderte Zahl von Registraturangestellten nicht unterstellt ist.

### Beispiel:

Dem Leiter einer nach Sachgesichtspunkten vielfach gegliederten Registratur einer obersten Landesbehörde sind zwei Registraturangestellte der Vergütungsgruppe VII unterstellt. Er erfüllt daher nicht die Voraussetzungen der Vergütungsgruppe V c Fallgruppe 10. Auf Grund seiner Tätigkeit in der Registratur würde er aber das Tätigkeitsmerkmal der Vergütungsgruppe V c Fallgruppe 13 erfüllen. Er ist daher nach der Protokollnotiz Nr. 23 in diese Vergütungsgruppe einzugruppiert.

**Zu Teil I Vergütungsgruppe V c Fallgruppe 15**

Das Tätigkeitsmerkmal baut auf dem Tätigkeitsmerkmal in Vergütungsgruppe VI b Fallgruppe 7. Während dem Errechner der Vergütungsgruppe VI b die für die Errechnung notwendigen Merkmale mitgeteilt werden (vgl. hierzu die Durchführungsbestimmungen zu Vergütungsgruppe VI b Fallgruppe 7), muß der Errechner der Vergütungsgruppe V c Fallgruppe 15 die Anspruchsvoraussetzungen und die Merkmale für die Höhe der zustehenden Vergütungen oder Löhne selbst feststellen. Mit Ausnahme bei der Einstellung muß er daher z.B. die Höhe der Grundvergütung in allen Fällen (Höhergruppierung, Herabgruppierung, allgemeine tarifliche Änderungen) selbst festsetzen. Er muß daher z.B. auch über die Ortsklasse und die Stufe des Ortszuschlages sowie über den Anspruch auf Kinderzuschlag entscheiden. Entsprechendes gilt für die Errechnung der Löhne der Arbeiter.

Die Tarifvertragsparteien haben die Festsetzung der Grundvergütung bei der Einstellung aus den geforderten Tätigkeiten nicht deshalb herausgenommen, weil sie diese Festsetzung als schwieriger als die übrigen Tätigkeiten angesehen haben, sondern weil die Festsetzung der Grundvergütung bei der Einstellung oftmals nur auf Grund der Personalakten (z.B. in den Fällen des § 27 Abschn. A Abs. 5 BAT) vorgenommen werden kann und diese daher aus organisatorischen Gründen oftmals von den Personalstellen vorgenommen wird. Das Fehlen dieser Festsetzungen sollte daher die Bewertung der Gesamttätigkeit nach Vergütungsgruppe V c nicht beeinträchtigen. Die Ausführung der in dem Klammersatz aufgeführten Tätigkeiten führt bei den Errechnern jedoch noch nicht zu einer höherzubewertenden Tätigkeit.

Die Errechner von Dienst- und Versorgungsbezügen fallen nicht unter die Fallgruppe 15.

Bei den Tarifverhandlungen ist folgendes Einvernehmen der Tarifvertragsparteien festgehalten worden:

„Für die Eingruppierung nach diesem Tätigkeitsmerkmal ist es unschädlich, wenn aus organisatorischen Gründen Abtretungen und Pfändungen zentral bearbeitet werden.“

**Zu Teil I Vergütungsgruppe V c Fallgruppe 16**

Die Erläuterungen zu Vergütungsgruppe V c Fallgruppe 15 gelten entsprechend. Das Merkmal erfaßt auch die Errechner von Dienst- und Versorgungsbezügen.

2. In Nr. 37 a Buchst. d wird vor der Erläuterung „Zu Teil I Protokollnotiz Nr. 18“ folgendes eingefügt:

**Zu Teil I Vergütungsgruppe VI b Fallgruppe 41**

„In nicht unerheblichem Umfang“ bedeutet etwa 25 vom Hundert der Gesamttätigkeit (vgl. hierzu Vergütungsgruppe VI b Fallgruppe 1). Der Klammersatz findet nur Anwendung, wenn der Angestellte Geschäftsstellenverwalter ist, d.h., wenn er die Voraussetzungen der Protokollnotiz Nr. 25 erfüllt. Ein Angestellter, der in Strafsachen selbständig Inhaltsprotokolle fertigt, aber nicht Geschäftsstellenverwalter ist, kann in die Vergütungsgruppe VI b nur dann eingruppiert werden, wenn er die Voraussetzungen der Fallgruppe 42 erfüllt, d.h., wenn er überwiegend die Protokolle selbständig anfertigt.

**Zu Teil I Vergütungsgruppe IX b Fallgruppe 27  
Vergütungsgruppe X Fallgruppe 17**

Nach der Protokollnotiz Nr. 28 gelten diese Tätigkeitsmerkmale für Arbeitnehmer in Einrichtungen, die mit einer Kanzlei oder einem sonstigen Bürobetrieb sachlich verbunden sind, nicht aber in Einrichtungen, die losgelöst von einer Kanzlei oder einem sonstigen Bürobetrieb bestehen, wie z.B. die Druckereien von Landesvermessungsämtern und Statistischen Landesämtern.

**Zu Teil I Vergütungsgruppe IX b Fallgruppe 28**

Nach der Protokollnotiz Nr. 29 gehören zu den Justizaus Helfern im Sinne dieses Tätigkeitsmerkmals nicht Arbeitnehmer, die nur Botendienst machen.

Bezug: a) Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers v. 24. 2. 1961 (SMBl. NW. 20310)

b) Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers v. 24. 4. 1961 (SMBl. NW. 20310)

— MBl. NW. 1967 S. 1368.

2134

**Berichtigung**

zum RdErl. d. Innenministers v. 25. 5. 1967 (MBl. NW. S. 731)

**Richtlinien****für den Bau und die Prüfung von Behältergeräten mit Druckluft (Preßluftatmern) für das Tauchen bei den Feuerwehren**

Auf S. 732 muß es in Ziffer 4.22 richtig heißen: „... zugelassen, die in den Anschlußmaßen DIN 477 entsprechen; ...“.

— MBl. NW. 1967 S. 1371.

2135

**Ausbildung der freiwilligen Feuerwehren****Oberfeuerwehrmannlehrgänge**

RdErl. d. Innenministers v. 11. 8. 1967  
III B 3 — 32.33 — 4027/67

Bei den freiwilligen Feuerwehren im Lande Nordrhein-Westfalen besteht ein großer Bedarf an Lehrgangsplätzen für Oberfeuerwehrmann- und Brandmeisterlehrgänge der Landesfeuerwehrschule in Münster, dem die Schule wegen ihrer sonstigen Aufgaben in absehbarer Zeit nicht nachkommen kann. § 3 der Verordnung über die Laufbahn der ehrenamtlichen Angehörigen der freiwilligen Feuerwehr vom 11. März 1959 (GV. NW. S. 57 / SGV. NW. 213) regelt die Teilnahme an Lehrgängen sowie das Bestehen von Prüfungen, die Voraussetzung für die jeweiligen Beförderungen sind. § 3 Abs. 2 Buchst. b dieser Verordnung schreibt nicht vor, daß der Oberfeuerwehrmannlehrgang, dessen erfolgreiche Teilnahme Vorbedingung für die Beförderung zum Unterbrandmeister ist, an der Landesfeuerwehrschule abgeleistet werden muß.

Einige Landkreise und kreisfreie Städte haben bereits an Wochenenden Lehrgänge für Oberfeuerwehrmänner durchgeführt. Ich begrüße diese Maßnahme, die die Beförderungsmöglichkeiten bei den freiwilligen Feuerwehren begünstigt und zugleich ermöglicht, daß die Landesfeuerwehrschule vermehrt andere Lehrgänge für den friedensmäßigen Brandschutz durchführen kann.

Es muß jedoch sichergestellt werden, daß auch bei Lehrgängen außerhalb der Landesfeuerwehrschule die einheitliche Ausbildung und die gleichmäßige Ausrichtung der Prüfungsanforderungen gewährleistet bleiben. Für die Durchführung von Oberfeuerwehrmannlehrgängen außerhalb der Landesfeuerwehrschule gebe ich deshalb auf Grund von § 15 Abs. 3 Buchstabe a des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung bei Unglücksfällen und öffentlichen Notständen vom 25. März 1958 (GV. NW. S. 101), geändert durch Gesetz vom 26. März 1960 (GV. NW. S. 47). — SGV. NW. 213 — die nachstehenden Richtlinien bekannt:

**Richtlinien****für die Durchführung von Lehrgängen  
für Oberfeuerwehrmänner der freiwilligen Feuerwehren  
außerhalb der Landesfeuerwehrschule**

1. Die Durchführung von Lehrgängen für Oberfeuerwehrmänner der freiwilligen Feuerwehren gehört zu den Aufgaben der Landkreise. Sie zählen zu den gemeinsamen Einrichtungen, die Landkreise für die Feuerwehren ihres Gebietes unterhalten.
2. Ein Lehrgang soll etwa 75 Unterrichtsstunden umfassen, die zweckmäßig auf 5 Wochenende (Samstag bis Sonntagnachmittag) verteilt werden.

3. An einem Lehrgang können bis zu 45 Oberfeuerwehrmänner eines oder mehrerer Landkreise oder kreisfreier Städte teilnehmen. Die Teilnehmer sind in Gruppen zu je 9 Mann aufzuteilen.
4. Für die Unterrichtung und Ausbildung sind die Kreisausbilder oder geeignete Führungskräfte der Feuerwehren aus den beteiligten kreisfreien Städten und Landkreisen heranzuziehen. Auf meinen RdErl. v. 8. 8. 1961 (MBl. NW. S. 1362; SMBl. NW. 2130) über die Bestellung von Kreisausbildern weise ich hin.
5. Die verantwortliche Leitung eines Lehrganges ist einem Stadt- oder Kreisbrandmeister zu übertragen.
- Anlage 1** 6. Der Unterrichtsstoff ist aus der als Anlage 1 beigelegten Übersicht zu entnehmen. Der Lehrgangsleiter stellt den Stundenplan auf.
7. Der Lehrgang schließt mit einer Abschlußprüfung. Die regelmäßige Teilnahme an den Ausbildungsveranstaltungen ist Voraussetzung für die Zulassung zu dieser Prüfung. In der Abschlußprüfung sind mindestens ausreichende feuerwehrafachliche Kenntnisse in folgenden Stoffgebieten nachzuweisen:
  1. Ausbildungsvorschriften mit Befehlsausführung und -erteilung,
  2. Fahrzeug- und Gerätekunde,
  3. Atemschutz, einschließlich Wiederbelebungs,
  4. Löschmittel und Lösungsverfahren,
  5. Löschwasserversorgung,
  6. Einsatzlehre.

Die Prüfung in den Ausbildungsvorschriften ist als praktische und mündliche Prüfung durchzuführen; die

Prüfung in den übrigen Stoffgebieten soll zweckmäßig in schriftlicher Fragenbeantwortung in Form einer Aufsichtsarbeit bestehen. Die schriftliche Prüfung geht der praktischen und mündlichen Prüfung voraus.

8. Der Prüfungsausschuß für die Abnahme der Oberfeuerwehrmannprüfung wird vom Träger des Feuerschutzes, der zu dem Lehrgang einberufen hat oder — wenn mehrere kreisfreie Städte oder Landkreise beteiligt sind — in gegenseitiger Abstimmung dieser Gebietskörperschaften gebildet. Der Prüfungsausschuß besteht aus dem Lehrgangsleiter (vgl. Nr. 5) als Vorsitzenden sowie einem Hauptbrandmeister (Wehrführer) der beteiligten Feuerwehren und einem Brandmeister einer anderen dieser Wehren als Beisitzer.

Der Prüfungsausschuß soll möglichst für die Dauer von drei Jahren berufen werden. Für den Vorsitzenden und die Beisitzer sind deshalb zugleich geeignete Vertreter auszuwählen. Der Prüfungsausschuß entscheidet mit Stimmenmehrheit.

9. Über die Teilnahme an dem Lehrgang und die bestandene Oberfeuerwehrmannprüfung ist ein Zeugnis nach anliegendem Muster (Anlage 2) auszustellen, das von den drei Mitgliedern des Prüfungsausschusses zu unterschreiben ist.
10. Zu den Kosten der Lehrgänge können im Rahmen von Nr. 3 Buchst. b der Richtlinien für Beihilfen zur Förderung des Feuerschutzes v. 10. 4. 1964 (SMBl. NW. 2131) Zuschüsse gewährt werden.

11. Über die beabsichtigte Durchführung von Oberfeuerwehrmannlehrgängen ist unter Angabe des vorgesehenen Terminplanes dem zuständigen Regierungspräsidenten zu berichten.

Anla

## Anlage 1

## Stoffplan und Stundenverteilung für einen Oberfeuerwehrmannlehrgang

Lehrstoff	Zahl der Lehrstunden
1 <b>Begrüßung, Einführung,</b> Lehrgangsordnung . . . . .	1½
2 <b>Ausbildungsvorschrift (AVF)</b> . . . . .	2
3 <b>Praktische Ausbildung</b>	
3.1 Angriffssübungen nach AVF . . . . .	18
3.2 Anwendung der tragb. Leitern . . . . .	2
3.3 Hakenleiterübungen *) . . . . .	6
3.4 Fahrzeug- und Gerätedienst . . . . .	2
4 <b>Fahrzeug- und Gerätekunde</b>	
4.1 Feuerwehrfahrzeuge und Ausrüstung . . . . .	2
4.2 Persönliche Ausrüstung einschl. Prüfung . . . . .	1
4.3 Wasserführende Armaturen . . . . .	2
4.4 Schlauchkunde . . . . .	2
4.5 Feuerlöscher und Kleinlöschgeräte . . . . .	3
4.6 Atemschutz und Atemschutzgeräte . . . . .	3
4.7 Wasserlieferung aus Strahlrohren . . . . .	2
5 <b>Rettungswesen</b>	
5.1 Knoten und Stiche . . . . .	2
5.2 Retten und Selbstretten . . . . .	4
5.3 „Erste Hilfe“ und Wiederbelebung . . . . .	4
6 <b>Löschmittel und Löschverfahren</b> . . . . .	2
7 <b>Löschwasserversorgung</b> . . . . .	2
8 <b>Feuerlöschtaktik</b> Verhalten an der Brandstelle . . . . .	2
9 <b>Ergänzungsstunden; Wiederholung</b> . . . . .	7
10 <b>Prüfungen</b>	
10.1 Schriftliche Fragen . . . . .	2
10.2 Ausbildungsvorschrift (AVF) . . . . .	2
10.3 Abschlußbesichtigung . . . . .	2
11 <b>Aussprache und Verabschiedung</b> . . . . .	1½
	75 Stunden

\*) Falls kein Steigeturm für diese Übungen im Lehrgangsort vorhanden ist, sind die Lehrstunden für Hakenleiterübungen auf die drei anderen Gebiete der praktischen Ausbildung zu verteilen.

## Muster

## Zeugnis

Der .....  
(Dienstgrad) (Vorname) (Familienname)

geboren am ..... in .....

Wohnort .....  
(Straße, Hausnummer)

Kreis ..... Regierungsbezirk .....

hat in der Zeit vom ..... bis ..... an dem nach den Richtlinien des Innenministers des Landes Nordrhein-Westfalen für die Durchführung von Lehrgängen für Oberfeuerwehrmänner außerhalb der Landesfeuerwehrschule vom 11. 8. 1967 (MBl. NW, S. 1371 / SMBl. NW, 2135) und für die freiwillige(n) Feuerwehr(en) im/in den

Landkreis(en) — Stadtkreis \*) ..... durchgeführten

Oberfeuerwehrmannlehrgang in ..... (Ort)

teilgenommen und die den Lehrgang abschließende

## Oberfeuerwehrmannprüfung

mit dem Ergebnis

(Gesamtnote)

bestanden.

**Feuerwehrfachliche Kenntnisse:**

- |     |  |
|-----|--|
| 1   | Schriftliche Arbeiten .....                |
| 2   | Praktischer Feuerwehrdienst .....          |
| 2.1 | Ausbildungsvorschriften .....              |
| 2.2 | Befehlsausführung .....                    |
| 2.3 | Befehlerteilung .....                      |
| 2.4 | Auftreten .....                            |
| 3   | Fahrzeug- und Gerätekunde .....            |
| 4   | Atemschutz (einschl. Wiederbelebung) ..... |
| 5   | Löschmittel und Löschverfahren .....       |
| 6   | Löschwasserversorgung .....                |
| 7   | Einsatzlehre .....                         |

\* ) Nicht Zutreffendes streichen.



Er erhält damit die Befähigung zum Unterbrandmeister bei freiwilligen Feuerwehren.

..... den .....  
(Ort) (Datum)

Der Prüfungsausschuß  
für die Oberfeuerwehrmannprüfung in .....  
(Ort)

.....  
(Unterschrift)

.....  
(Name) (Dienstgrad)

Vorsitzender

.....  
(Unterschrift)

.....  
(Unterschrift)

.....  
(Name) (Dienstgrad)

.....  
(Name) (Dienstgrad)

Beisitzer

Beisitzer

22306

### Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Sozialarbeiter

RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 10. 8. 1967 — IV B 4 — 6910

Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Sozialarbeiter — RdErl. v. 23. 3. 1959 (SMBL. NW. 22306) wird wie folgt geändert:

1. § 5 Abs. (2) Buchstabe d) erhält folgende Fassung:  
ein ärztliches Gesundheitszeugnis einschließlich eines Zeugnisses über den Röntgenbefund der Lunge, das bei Beginn der Ausbildung nicht älter als drei Monate sein darf.
2. § 24 Abs. (1) Buchstabe b) erhält folgende Fassung:  
ein ärztliches Gesundheitszeugnis einschließlich eines Zeugnisses über den Röntgenbefund der Lunge, dessen Ausstellung nicht mehr als drei Monate zurückliegt.

3. Die Anlage 1 erhält folgende Fassung:

#### Höhere Fachschulen für Sozialarbeit

51	Aachen Robert-Schumann-Straße 25	Soziale Frauenschule Höhere Fachschule für Sozialarbeit (F)
48	Bielefeld Schildescher Straße 103	Karl-Pawlowski-Schule Höhere Fachschule für Sozialarbeit im Johanneswerk (F — M)
48	Bielefeld Spenger Straße 15	Landeshauptmann-Saizmann-Schule Höhere Fachschule für Sozialarbeit (F — M)
463	Bochum Immanuel-Kant-Straße 20	Evgl. Sozialschule der Westf. Frauenhilfe (F — M)
493	Detmold Schorenstraße 14	Paritätisches Sozialseminar Höhere Fachschule für Sozialarbeit (F ± M)
46	Dortmund Arndtstraße 5	Anna-Zillken-Schule Höhere Fachschule für Sozialarbeit (F)
46	Dortmund Hohe Straße 141	Sozialpädagogisches Seminar Höhere Fachschule für Sozialarbeit (F ± M)
4	Düsseldorf Gerresheimer Straße 88	Höhere Fachschule für Sozialarbeit der Arbeitsgemeinschaft Sozialpädagogik und Gesellschaftsbildung e. V. (F)
4	Düsseldorf-Gerresheim Gräulinger Straße 110	Rheinische Höhere Fachschule für Sozialarbeit des Landschaftsverbandes Rheinland (F — M)
4	Düsseldorf-Eller Schloßallee 14	Marie-Juchacz-Haus Höhere Fachschule für Sozialarbeit der Arbeiterwohlfahrt (F ± M)
43	Essen Burgplatz 3	Seminar für Wohlfahrtspfleger Höhere Fachschule für Sozialarbeit (M)
58	Hagen Im Alten Holz 131—135	Höhere Fachschule für Sozialarbeit des Deutschen Roten Kreuzes (F — M)
5	Köln Leonhard-Tietz-Straße 8	Höhere Fachschule für Sozialarbeit des Diözesan-Caritasverbandes Köln (M)
5	Köln-Weidenpesch Pallenbergstraße 24	Höhere Fachschule für Sozialarbeit der Stadt Köln (F)
44	Münster Piusallee 89/93	Höhere Fachschule für Sozialarbeit Westfälische Wohlfahrtsschule (F)
479	Paderborn Hermann-Kirchhoff-Straße 11—15	Höhere Fachschule für Sozialarbeit des Meinwerk-Instituts (F)
5038	Rodenkirchen-Michaelshoven Andreashaus	Höhere Fachschule für Sozialarbeit der Evgl. Gesellschaft für diakonische Ausbildungs- stätten mbH. Köln (F — M)
56	Wuppertal-Elberfeld Lucasstraße 1—3	Evgl. Seminar für Sozialarbeit Höhere Fachschule (F — M)

F = Frauen  
M = Männer

## II.

## Innenminister

## Fortbildungstagung im Strahlenschutz

RdErl. d. Innenministers v. 15. 8. 1967 —  
VI A 6 — 46.15.02

Die Vereinigung Deutscher Strahlenschutzärzte e. V. veranstaltet im Hörsaalgebäude des Städtischen Krankenhauses Moabit, Berlin, Turmstraße 21, am **13. und 14. Oktober 1967** die 8. Fortbildungstagung. Hauptthemen sind:

1. Der Strahlenschutz bei der Anwendung ultraharter Strahlen in Medizin und Technik
2. Erholungsvorgänge nach Ganzkörperbestrahlung

Die Vereinigung hat, wie in den früheren Jahren, Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes aus Nordrhein-Westfalen eingeladen.

In Anbetracht der vielfältigen Aufgaben des öffentlichen Gesundheitsdienstes auf dem Gebiete des Strahlenschutzes empfehle ich, den mit der Durchführung von Strahlenschutzaufgaben betrauten Ärzten der Bezirksregierungen und der Gesundheitsämter die Teilnahme an dieser Tagung zu ermöglichen und die Reise als Dienstreise zu genehmigen.

**T.** Ich bitte, die Anmeldung zu der Tagung umgehend, möglichst bis zum 1. 9. 1967, an das Deutsche Reisebüro GmbH — Abteilung Studien- und Kongreßreisen —, 6 Frankfurt/Main, Postfach 3621, zu richten. Mitteilungen über organisatorische Einzelheiten werden den Teilnehmern von dort unmittelbar zugesandt.

Der 12. Oktober 1967 gilt als Anreise- und der 15. Oktober 1967 als Rückreisetag.

Die Teilnehmergebühr wird von hier getragen und in einer Summe an die Vereinigung Deutscher Strahlenschutzärzte gezahlt.

Die Regierungspräsidenten können den Landkreisen und kreisfreien Städten zu den ihnen durch die Entscheidung entstehenden Aufwendungen Landeszuschüsse je Teilnehmer in Höhe der 100,— DM übersteigenden Kosten im Rahmen der Reisekostenbestimmungen für Beamte des Landes Nordrhein-Westfalen gewähren. Voraussetzung für den Zuschuß ist, daß der Arzt bereits an einem zweiwöchigen Strahlenschutz-Einführungskurs und einem -Ergänzungskurs am Institut für Strahlenschutz der Gesellschaft für Strahlenforschung m.b.H. in Neuherberg teilgenommen und für beide Kurse einen Landeszuschuß erhalten hat.

Die kreisfreien Städte und Landkreise legen den Regierungspräsidenten die Reisekostenrechnungen zur Erstattung vor. Die Reisekostenrechnungen sollen den Feststellungsvermerk des zuständigen Sachbearbeiters der Stadt- oder Kreisverwaltung tragen.

Die Regierungspräsidenten zahlen die den Kreisen zustehenden Zuschüsse aus den mit Kassenanschlag für 1967 bei Epl. 03 Kap. 03 91 Titel 602 zugewiesenen Mitteln (siehe Ziff. III. 4.12 der Vorbemerkungen zum Kassenanschlag für 1967 Epl. 03 Kap. 0391).

— MBl. NW. 1967 S. 1377.

## Minister für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten

## Personalveränderungen

## Ministerium

Es sind ernannt worden:

Die Ministerialräte

R. Heseler,

Dr. H. Wicher

zu Leitenden Ministerialräten

Die Oberregierungsbauräte

R. Nowak,

F. Hohns,

H. Schaefer,

P. Schmidt

zu Regierungsbaudirektoren

Regierungsvermessungsrat H. Meyer  
zum Oberregierungsvermessungsrat

Regierungsbaurat R. Wichmann  
zum Oberregierungsbaurat

Regierungsassessor Dr. C. H. Bellinger  
zum Regierungsrat  
unter Verleihung der Eigenschaft eines Beamten auf Lebenszeit

Es ist versetzt worden:

Oberregierungs- und -baurat H. Fieseler  
von der Bezirksregierung Düsseldorf  
an das Ministerium für Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten

## Nachgeordnete Behörden

Es sind ernannt worden:

Regierungsbaurat J. Batt  
zum Oberregierungsbaurat  
beim Staatshochbauamt für die Techn. Hochschule Aachen

Regierungs- und -baurat W. Neugebauer  
zum Oberregierungs- und -baurat  
bei der Bezirksregierung Arnsberg

Oberregierungsbaurat H. Morgenbrod  
zum Regierungsbaudirektor  
beim Staatshochbauamt Mönchengladbach

Regierungsbaurat Ch. Schumacher  
zum Oberregierungsbaurat  
bei der Sonderbauleitung zur Elementierung von Staatsbauten

Regierungsbaurat H. Gauert  
zum Regierungs- und -baurat  
bei der Bezirksregierung Detmold

Oberregierungsbaurat S. Schütze  
zum Regierungsbaudirektor  
beim Staatshochbauamt Bonn

Regierungsbaurat J. Decker  
zum Regierungs- und -baurat  
bei der Bezirksregierung Köln

Die Regierungsbauräte z. A.

D. Spengler,

R. Zierenberg,

H. Krabbe

zu Regierungsbauräten  
beim Landesprüfamt für Baustatik in Düsseldorf

Regierungsbauassessor H. Strehlau  
zum Regierungsbaurat  
bei der Landesbaubehörde Ruhr

Es ist in den Ruhestand getreten:

Regierungsbaudirektor G. Gaile  
von der Sonderbauleitung zur Elementierung von Staatsbauten.

— MBl. NW. 1967 S. 1377.

## Hinweis

## Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen

Nr. 16 v. 15. 8. 1967

(Einzelpreis dieser Nummer 0.60 DM zuzügl. Portokosten)

	Seite	Seite
<b>Allgemeine Verfügungen</b>		
Richtlinien für die Behandlung von Postser-		
dungen . . . . .	189	
Umstellung des Handelsregisters auf die Kartei-		
form . . . . .	189	
Umstellung des Vereinsregisters auf die Kartei-		
form . . . . .	190	
Einführung des Loseblatt-Grundbuchs . . . . .	190	
<b>Bekanntmachungen</b> . . . . .	191	
<b>Personalnachrichten</b> . . . . .	191	
<b>Rechtsprechung</b>		
<b>Zivilrecht</b>		
FGG §§ 25, 19. — Im FG-Verfahren kann der		
„Tatbestand“ einer Beschwerdeentscheidung in		
entsprechender Anwendung des § 320 ZPO be-		
richtigt werden. — Gegen den die Berichtigung		
zulassenden oder aus sachlichen Gründen ableh-		
nenden Beschluß findet kein Rechtsmittel statt.		
Wird der Berichtigungsantrag ohne sachliche Prü-		
fung als unzulässig verworfen, so ist diese Ent-		
scheidung anfechtbar. OLG Hamm vom 3. Februar		
1967 — 15 W 56/67 . . . . .	192	
<b>Strafrecht</b>		
1. StPO § 261. — Sieht der Tatrichter eine den An-		
geklagten belastende Zeugenbekundung über		
den Unfallhergang für glaubwürdig an, so darf		
er den die Zeugenaussage stützenden Inhalt eines		
von ihm für unerheblich erklärten Gutachtens		
nicht ohne Stellungnahme zu den von der Ver-		
teidigung erhobenen Bedenken wiedergeben.		
OLG Hamm vom 9. Dezember 1966 — 3 Ss 998/66	193	
2. StPO § 154 a. — Hat der Tatrichter gemäß § 154 a		
StPO tateinheitliche Übertretungen aus dem Ver-		
fahren ausgeschieden und erstrebt die Revision der		
Staatsanwaltschaft mit der Rüge der Verletzung		
des § 154 a StPO deren Wiedereinbeziehung, so		
unterbrechen die nach der Revisionseinlegung		
vorgenommenen richterlichen Handlungen die		
Verjährung auch bezüglich der ausgeschiedenen		
Übertretungen. — Ob alle richterlichen Handlun-		
gen, die nach dem Ausscheiden und vor der Wie-		
dereinbeziehung vorgenommen werden, eine		
solche Wirkung haben, bleibt ausdrücklich offen.		
OLG Hamm vom 17. Januar 1967 — 3 Ss 878/66	193	
3. StGB § 252. — Um sich im Besitz des gestohlenen		
Gutes zu erhalten, handelt auch, wer, auf frischer		
Tat betroffen, nach Angabe seiner Personalien		
Gewalt in der Absicht verübt, mit der Beute zu		
flüchten und so seine Überführung als Dieb zu		
verhindern. — Das gilt auch, wenn sich der		
Täter zur Erreichung dieses Zieles des Diebes-		
gutes entledigen will. OLG Köln vom 27. Januar		
1967 — Ss 586/66 . . . . .	194	
4. StGB § 23 II; StPO § 267. — Zur Begründung		
einer ungünstigen Persönlichkeitsprognose reicht		
es nicht aus, im Urteil allein auf den „Eindruck		
vom Angeklagten in der Hauptverhandlung“ zu		
verweisen. OLG Köln vom 10. Januar 1967 —		
Ss 742/66 . . . . .	195	
<b>Kostenrecht</b>		
1. RatVG § 16 I Nr. 6; KostO § 30 I. — Der Ge-		
schäftswert der Bestellung einer persönlichen		
Dienstbarkeit zu Gunsten des Rationalisierungs-		
verbandes des Steinkohlenbergbaues ist nach		
§ 30 Abs. 1 KostO nach freiem Ermessen zu be-		
stimmen. Innerhalb dieses Ermessens liegt es,		
wenn der Notar oder das Gericht den Wert in		
Anlehnung an die tatsächlich gezahlte Still-		
legungsprämie auf einen geringen Prozentsatz		
dieser Prämie festsetzt. OLG Hamm vom 25. Ok-		
ttober 1966 — 14 W 123/66 . . . . .	195	
2. BRAGebO § 31 Nr. 3. — Ordnet der Vorsitzende		
des Gerichts in der Terminsverfügung das persö-		
nliche Erscheinen der Parteien gemäß § 619 ZPO		
an, so liegt darin regelmäßig keine Beweisanord-		
nung. OLG Hamm vom 26. Januar 1967 — 15 W		
55/67 . . . . .	196	

— MBl. NW. 1967 S. 1378.

Hinweis für die Bezieher  
der SMBl. NW.

Auf den wichtigen Hinweis im Ministerialblatt Nr. 77/1967 S. 778 wird nochmals aufmerksam gemacht. Die Bestellfrist wird bis zum **25. September 1967** verlängert.

— MBl. NW. 1967 S. 1378.

## Einzelpreis dieser Nummer 1,40 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (Einzelheft 0.30 DM) auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Rhein. Girozentrale und Provinzialbank Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen.

Wenn nicht innerhalb von acht Tagen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen.

Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf. Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einsseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 14 — DM, Ausgabe B 15.20 DM.